

## Gegen Bedrohungen durch Clans: Mehr Schutz für unsere Polizisten

KV Harburg-Land

### Der Niedersachsentag möge beschließen:

Die Junge Union Niedersachsen fordert, dass es zukünftig den Polizeibeamten erleichtert wird, ihre amtlichen Meldedaten zu schwärzen. Das bedeutet, dass es nur noch mit einer begründeten Anfrage möglich ist, Daten wie beispielsweise die Adresse abzurufen. Dieses Vorgehen sollte auf Antrag des einzelnen Beamten eingeführt werden können.

### Begründung:

Bisher ist dies nur zulässig, wenn eine konkrete Gefahr nachgewiesen wird, also gewissermaßen, wenn es schon zu spät ist. Um die Polizisten vor Bedrohungen oder auch Erpressungen zu schützen, ist es geboten, auf Antrag ihre Meldedaten nur noch unter erhöhten Voraussetzungen herauszugeben. Es ist nämlich wahrscheinlich, dass etwa kriminelle Vereinigungen („Clans“) Angehörige als Mitarbeiter in der Staatsverwaltung haben und so an die Daten der ermittelnden Beamten gelangen.

## Für konsequente Rechtsdurchsetzung: Effektive Rückführungspolitik ermöglichen

KV Harburg-Land

### Der Niedersachsentag möge beschließen:

Die Junge Union Niedersachsen fordert, die staatliche Beihilfe zur Abschiebungsverhinderung in Form der vorherigen Androhung der Abschiebung gemäß § 59 AufenthG abzuschaffen. Ein Missbrauch des Aufenthaltsrecht durch illegale Einreise darf in einem Rechtsstaat nicht toleriert werden.

### Begründung:

Einer der Gründe, aufgrund derer etwa die Hälfte aller Abschiebungen scheitern, ist, dass die Ausreisepflichtigen zuvor zur Ausreise aus Deutschland aufgefordert werden. Dies mag aus einer abstrakten, formaljuristischen Perspektive wünschenswert erscheinen, ist jedoch angesichts der ausbleibenden Erfolge in der Praxis nicht länger tragbar. Die ausbleibenden Erfolge führen zu einem dramatisch sinkenden Vertrauen in den Rechtsstaat und tatsächlich Schutzberechtigte können immer schlechter versorgt werden. Die Kehrseite und zudem Grundvoraussetzung eines humanitären Asylrechts muss es daher sein, den Abschiebungsprozess effektiver zu gestalten. Die ausreisepflichtige Person muss von den Behörden - gegebenenfalls unter richterlicher Mitwirkung - unmittelbar nach dem Erlöschen der Aufenthaltsgenehmigung festgesetzt werden. Die ganze Bandbreite der rechtsstaatlichen Mittel gegen die bevorstehende Abschiebung kann die ausreisepflichtige Person auch im staatlichen Gewahrsam nutzen. Nur auf diesem Wege können die rechtsstaatlichen Garantien und zugleich die Handlungsfähigkeit des Staates koexistieren.

## Wider die Steuerhinterziehung: Schlagkräftige Behörde für den Kampf gegen Steuersünder gründen

KV Harburg-Land

### Der Niedersachsentag möge beschließen:

Die Junge Union Niedersachsen fordert die Errichtung eines Landesfinanzkriminalamtes (LFK) nach nordrhein-westfälischen Planungen einzusetzt. Diese soll zentrale Anlauf- und interdisziplinäre Ermittlungsstelle in einem sein.

### Begründung:

Die deutsche Steuerfahndung ist der international organisierten Finanz- und Steuerkriminalität lange schon nicht mehr gewachsen. Agilität und Interdisziplinarität fehlen dem deutschen Behördenwesen. Fehlendes Personal und unzureichende Ressourcen

erschweren die Ermittlungsarbeit weiter. Mit der Schaffung eines LFK soll eine zentrale Einheit für internationale und nationale Ermittlungen geschaffen werden, die bspw. Beamte aus Steuerfahndung und Landeskriminalamt vereint. Dadurch soll der Ermittlungsprozess durch engere Zusammenarbeit der Behörden schneller und effektiver gestaltet werden.